

Einwendung gemäß § 80 Gemeindeordnung NRW gegen den Entwurf der Haushaltssatzung der Stadt Münster für das Haushaltsjahr 2018

Stellungnahme der Verwaltung zu der Einwendung

Einwendung

Der ausgelegte Haushaltsplan ändert sich noch maßgeblich durch „Anträge nach § 24 GO NRW“, über die in den Haushaltsberatungen entschieden werden soll und die insgesamt ein erhebliches Volumen darstellen.

Die Behandlung dieser „Anträge nach § 24 GO NRW“ ist verfassungswidrig.

Stellungnahme der Verwaltung

Die Einwendung wird unter Bezug auf § 24 GO NRW und Art. 17 GG damit begründet, dass das Petitionsrecht als Grundrecht nicht dem Zweck dient, aus dem Kommunalhaushalt Geldmittel zu erhalten.

Gemäß § 24 GO NRW hat jeder das Recht, sich mit Anregungen in Angelegenheiten der Gemeinde an den Rat zu wenden. „Ihrem Inhalt nach können sich Eingaben sowohl auf gemeindliche Selbstverwaltungsaufgaben als auch auf staatliche Auftragsangelegenheiten beziehen. Stets aber müssen sie Angelegenheiten der örtlichen Gemeinschaft betreffen, also in den konkreten Aufgabenbereich der Gemeinde fallen, deren Rat angegangen wird.“ (Rehn/Cronauge/von Lennep/Knirsch, Kommentar zu § 24 GO NRW II, 2, Satz 2). Es ist also rechtmäßig, sich mit der Bitte um finanzielle Unterstützung eines Vereines, Verbandes oder einer anderen Organisation an den Rat zu wenden, sofern die Entscheidung über eine derartige Auszahlung Aufgabe der Gemeinde ist.

Die Gemeinden haben ein verfassungsrechtlich garantiertes Recht auf kommunale Selbstverwaltung (Art. 28 II GG). Auf dieser Basis erfüllen die Gemeinden ihre Aufgaben, die sich grob in Pflichtaufgaben und freiwillige Aufgaben gliedern lassen. Der Erlass der Haushaltssatzung (§ 78 GO NRW) ist pflichtige Kernaufgabe der Kommunen und gleichzeitig Ausdruck für die Selbstverwaltungsgarantie. Die Haushaltssatzung enthält den Haushaltsplan, dessen Bestandteil „... alle im Haushaltsjahr für die Erfüllung der Aufgaben voraussichtlich entstehenden Aufwendungen und zu leistenden Auszahlungen ...“ ist (§ 79 Abs. 1 Nr. 2 GO NRW). Es obliegt dem Rat, über den Haushalt - und somit über die Verteilung der zur Verfügung stehenden Mittel - zu entscheiden (§ 41 Abs. 1 Buchst. h GO NRW).

Die Aufstellung des Haushaltsplans und der Erlass der Haushaltssatzung sind Aufgaben und somit Angelegenheit der Gemeinde bzw. des Rates. Es ist rechtmäßig, dass die Gemeinde Vereine, Verbände, und andere Organisationen durch die Zahlung von Zuschüssen in ihrer Arbeit, die dem Gemeinwohl dient, unterstützt.

Auch der Hinweis, der ausgelegte Haushaltsentwurf sei wegen der beabsichtigten Änderungen unvollständig, ist nicht zutreffend. Der vom Stadtkämmerer aufgestellte und vom Oberbürgermeister bestätigte Haushaltsplanentwurf 2018 enthält alle Haushaltsmittel, die zum Zeitpunkt der Etat-Aufstellung bekannt und absehbar sind. Dies betrifft auch den Bereich der Zuschüsse an Dritte. Wenn diese im Rahmen der Haushaltsberatungen der Höhe nach und ggf. auch dem Grunde nach durch den Rat angepasst werden, entspricht dies dem Budgetrecht des Rates.

Beschlussvorschlag

Der Einwendung wird nicht gefolgt.